

des LWB klagte er die EECMY als Störenfried einer alten Tradition an. Trotzdem kam es 1985 zu ersten vorsichtigen Schritten einer ökumenischen Zusammenarbeit, als durch die Initiative der Katholiken ein Hilfswerk (CRDA – Christian Relief and Development Association) zur Bekämpfung der Hungersnot ins Leben gerufen wurde, an dem sich ÄOK und EECMY beteiligen. 1990 kam es zu einer Friedensinitiative dieser drei Kirchen, bei der auch das Supreme Council of Islamic Affairs mitwirkte. Innerhalb des äthiopischen Protestantismus bildete sich eine Vereinigung von zehn Kirchen, die sich „Evangelical Churches Fellowship of Ethiopia (ECFE)“ nennt. Sie soll die Zusammenarbeit der protestantischen Kirchen verbessern.

Die ökumenische Entwicklung in Äthiopien wird durch *Kontakte mit dem Ausland* entschieden gefördert. Die EECMY verabschiedete bei einem Treffen des Committee of Mutual Christian Responsibility (CMCR) im Januar 1992 zusammen mit Vertretern lutherischer Kirchen aus dem Ausland ein Statement. Ausdrücklich bekannte sich das CMCR zu einem aktiven Versöhnungsprozeß zwischen den verschiedenen Ethnien im Lande. Ein Dialog mit der Übergangsregierung wurde vorgeschlagen, beim Treffen der CMCR im Februar 1993 ein offener Brief an den damaligen Präsidenten Meles Zenawi (er ist seit dem 23. August 1995 Ministerpräsident) verfaßt. Der Brief befürwortete eine offene Diskussion über die neue Verfassung und einen demokratischen Dialog. Bei der 16. Jahrestagung der CMCR im Februar 1995 wurden die innere Entwicklung der Kirche und die Menschenrechte thematisiert.

Führte die ÄOK, Gründungsmitglied des Weltkirchenrates, seit 1967 Gespräche mit den anderen altorientalischen Kirchen, so intensivierte sich während der Mengistuzeit ihr Kontakt mit dem Moskauer Patriarchat, welches sich in einer ähnlichen politischen Situation befand. Einen Austausch mit der griechisch-orthodoxen Kirche gab es seit den 50er Jahren; er verstärkte sich aber seit 1991 zunehmend.

Bei einer von der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AGKED) und dem AD HOC Peace Committee (AHPC) vom 7.–11. September 1992 in Addis Abeba abgehaltenen Konferenz mit dem Titel: „Frieden,

Versöhnung und Entwicklung in Äthiopien“ nahmen auch Vertreter der Kirchen und der muslimischen Gemeinschaft teil. Ergebnis war die konkrete Empfehlung, für das weitere Friedensengagement ein „Interreligious peace committee“ zu bilden. Auf dieser Konferenz wurde auch eine intensive Zusammenarbeit zwischen der All Africa Conference of Churches (AACC) und der Kirche Äthiopiens verabredet.

Ein Ereignis in Gondar im September 1993 machte die Bedeutung der Kirche für die Demokratisierung und Entwicklung Äthiopiens deutlich. Der Eremit *Amha Iyasus*, ein bekannter Gegner Mengistus, predigte über die Einheit Äthiopiens mit Eritrea, die Bedeutung der ÄOK und gegen den Machtverlust der Amharen. Die Eremiten werden von den Äthiopiern besonders für ihr unabhängiges Auftreten geschätzt. In ihren Predigten äußern sie sich oft kritisch gegenüber der herrschenden Regierung. Als die Kräfte der EPRDF Amha Iyasus verhaften wollten, wehrte sich die versammelte Menge und es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Zahl der Toten wurde von Amnesty International mit 13 angegeben. Amha Iyasus wurde wenig später mit dem Argument, in die gewalttätige Demokratie in Gondar verwickelt gewesen zu sein, verhaftet. Nach anderer Darstellung predigte Amha Iyasus auch gegen den wachsenden islamischen Fundamentalismus und gegen die EECMY. Es ist zu fragen, wie die nunmehr gewählte Regierung künftig mit kritischen Stimmen innerhalb der Kirche umgehen wird. Die scharfe Zunge der Eremiten ist sicherlich weiterhin zu fürchten, zumal diese momentan fast als eine *Art Erneuerungsbewegung* für die alte Tradition der ÄOK auftreten.

Kann der Umgang der Christen untereinander als ein Gradmesser für den demokratischen Prozeß in Äthiopien angesehen werden? Die verschiedenen Kirchen, die zwar bisher größtenteils ethnisch geprägt waren (ÄOK – Amharen, Tigre; EECMY – Oromos), können durch ihre Strukturen einen interethnischen Dialog bewirken, und dieser Prozeß in der jüngsten Geschichte könnte zu einer Ethnien übergreifenden Identitätsbildung Äthiopiens beitragen. Die Kirchen würden dabei eine Vorbildfunktion übernehmen. Auch nach der in der Verfassung festgelegten Trennung von Staat und Kirche wird die Religion jedenfalls weiterhin das Leben der Menschen in Äthiopien bestimmen. Verena Böll

Kurzinformationen

Kirchlicher Protest gegen Vernichtung menschlicher Embryonen

Protest und Kritik äußerten zahlreiche Vertreter der Kirchen in England

ebenso wie im Ausland an der Vernichtung von 3300 tiefgefrorenen menschlichen Embryonen in Großbritannien, deren Aufbewahrungsfrist abgelaufen war. Am 1. August 1991 war ein Gesetz in Kraft getreten, in dem das britische Parlament beschlossen

hatte, befruchtete Eizellen, die aus Versuchen der künstlichen Fortpflanzung hervorgehen und nicht verwendet werden, dürften nicht länger als fünf Jahre eingefroren bleiben, außer die Spenderpaare beantragten dies ausdrücklich. Die katholische Kirche in

Großbritannien erinnerte daran, daß sie Produktion und Einfrieren von Embryonen von Anfang an als unmoralisch verurteilt habe. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz von England und Wales, Kardinal *Basil Hume*, forderte eine Gesetzesänderung. Es brauche überdies neue Wege zur Behandlung von Unfruchtbarkeit. Angesichts der existierenden eingefrorenen Embryonen sei es jedoch das geringste Übel gewesen, sie sterben zu lassen. In einem von der „Times“ veröffentlichten Schreiben riefen mehrere Ethik-Experten der Kirchen ebenfalls zu einer Gesetzesänderung auf, im Sinne des Verbotes der Produktion überzähliger Embryonen bei künstlicher Befruchtung. Der „Osservatore Romano“ sprach von einem „Massaker an ungeborenem Leben“, Radio Vatikan von einem „Tunnel ohne Ausgang“. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof *Karl Lehmann*, forderte ein klares Verbot der Embryonenforschung in Europa. Auch in Deutschland müsse mehr Klarheit darüber geschaffen werden, was mit aufbewahrten Embryonen geschehen solle. Das seit Anfang 1991 in Deutschland gültige Embryonen-Schutzgesetz (vgl. HK, Dezember 1990, 571 ff.) sieht im Prinzip vor, daß überschüssige Embryonen bei künstlicher Befruchtung erst gar nicht entstehen. Anders als in Großbritannien dürfen bei jeder künstlichen Befruchtung höchstens drei Embryonen erzeugt werden. In Großbritannien zeige sich, so Lehmann, welche Folgen die Zulassung von Produktion und Konservierung so vieler Embryonen mit sich bringe.

Regentenkonferenz berät über die Situation in der Priesterausbildung

Auf ihrer diesjährigen Jahrestagung, die vom 15. bis 19. Juli in Hamburg stattfand, beriet die Deutschsprachige Regentenkonferenz über Konsequenzen aus der herrschenden pastoralen Situation für die Priesterausbildung. Zur Lage der Priesteramtskandidaten

betonten der scheidende Vorsitzende der Konferenz, der künftige Generalvikar der Diözese Würzburg, *Karl Hillenbrand*, und sein Nachfolger, der Regens der Diözesen Osnabrück und Hamburg, *Hermann Wieh*, die Lebensläufe der Priesteramtskandidaten seien heute individueller als früher. Die Kandidaten seien intensiver und länger mit sich selbst und ihrer Entwicklung beschäftigt. Der Aachener Ordinariatsrat *Gert Heinemann*, früher selber Regens, stellte bei den Priesteramtskandidaten einen schwindenden Rückhalt in den Familien, Gemeinden und unter Priestern fest. Er forderte ein intensives Eingehen auf die Lebensgeschichte und Lebenswelt der Kandidaten. Der Personalreferent der Erzdiözese Hamburg, *Ansgar Hawighorst*, wies auf die erhöhten Leistungsanforderungen an Priester hin. Die Vorstellungen vom Auftrag des pastoralen Dienstes würden angesichts der Umbrüche auf diesem Gebiet unklarer bzw. beliebiger, die Formen des Dienstes vielfältiger, der Konsens geringer. Hillenbrand betonte, der Priester gewinne gegenüber anderen pastoralen Berufen nicht durch Abschottung an Identität, sondern nur durch Zusammenarbeit und Kommunikation. Auf der Tagung war u. a. die Ansicht geäußert worden, es solle nicht so sehr das Trennende, sondern der gemeinsame Auftrag der unterschiedlichen pastoralen Berufe betont werden.

Schweizer Kirchenvolksbegehren

Während in Österreich im Frühjahr 1995 die Unterschriftensammlung für das Kirchenvolksbegehren in Gang kam, trat in der Schweiz Bischof *Hansjörg Vogel* (Basel) wegen Vaterschaft von seinem Amt zurück (HK, Juli 1995, 340 f.). Dieser Rücktritt löste eine große Betroffenheit aus und wurde zum Anlaß von drei Petitionen, die den Pflichtzölibat in Frage und die Weiheämter für Frauen zur Diskussion stellten. An ihrer Herbstversammlung 1995 nahm die Bischofskonferenz diese Petitionen mit rund 75 000 Un-

terschriften als „Plädoyer für eine menschliche, offene und tolerante Kirche“ entgegen und versprach eine Weiterführung des Dialogs. Nach einer weiteren Aussprache innerhalb der Bischofskonferenz stellte sie nach ihrer Wintersitzung ein Gespräch mit den Initianten und Initiantinnen der Petitionen in Aussicht. Inzwischen hatten die Leitungen der elf größten kirchlichen Verbände der deutschen Schweiz die Bischöfe mit dem Aufruf „Höchste Zeit zum gemeinsamen Handeln“ aufgefordert, gegen das Kirchenrecht Maßnahmen zur Behebung des Priestermangels zu ergreifen. Nach einem Gespräch einer Delegation der Bischofskonferenz mit allen vier Initiativgruppen erklärte sie nach ihrer diesjährigen Sommersitzung, sie werde nun die verschiedenen Postulate der Petitionen behandeln; dabei werde „die Frage des Auftrags und der Stellung der Frau in der Kirche Vorrang haben“. Die Initiativgruppen erklärten sich in einem Offenen Brief an die Schweizer Bischöfe über diese „unverbindliche Absichtserklärung“ und vor allem über die Weise, „wie sie mit Anliegen der Basis umgeht, enttäuscht“. Angesichts der Polarisierung erklären sie eine „Tagsatzung oder Synode von höchster Dringlichkeit, um mit den Bischöfen zusammen die brennenden Probleme aufzuarbeiten“. – Polarisierungen sind allerdings nicht nur zwischen „Kirchenleitung“ und „Kirchenvolk“, sondern auch innerhalb des „Kirchenvolkes“ auszumachen. Um das notwendige, aber schwierige Gespräch über „Männer und Frauen in der Kirche“ in den Verbänden in Gang zu setzen, hat die Deutschschweizerische Konferenz Katholischer Verbandsleiter und -leiterinnen im August das Positionspapier „In der Kirche gleichberechtigt und partnerschaftlich leben und handeln“ veröffentlicht.

Zahlen zum Priesternachwuchs

Der Vatikan hat Zahlen zur *Entwicklung des Priesternachwuchses* in den verschiedenen Regionen der Weltkir-

che veröffentlicht (vgl. *Osservatore Romano*, 22./23.7.96). Demnach betrug 1994 die Gesamtzahl der Priesteramtskandidaten (immer Welt- und Ordensklerus zusammengenommen) 105075. Den tiefsten Stand seit 1970 hatte es 1975 mit 60142 Seminaristen gegeben; 1985 waren es dann 85084. Stark verschoben haben sich die Anteile der einzelnen Weltregionen an der Gesamtzahl der Priesteramtskandidaten. Während Anfang der siebziger Jahre *Europa* noch 45,65 Prozent und *Nordamerika* 18,78 Prozent der Seminaristen stellten, waren es 20 Jahre später nur noch 28,85 bzw. 5,61 Prozent. Demgegenüber stieg der Anteil für *Afrika* im gleichen Zeitraum von 5,33 auf 15,84 Prozent, für *Südamerika* von 6,93 auf 17,01 Prozent. In absoluten Zahlen gab es 1970 in Europa 33971 Priesteramtskandidaten, während es 1994 29511 waren. Der Tiefpunkt lag 1977 mit 22716 Seminaristen. Afrika stellte 1994 schon 17125 Seminaristen (1970 waren es 3470), Südamerika 17808 (1970 waren es 5041) und Asien (ohne den Nahen Osten) 23943 (gegenüber 10 074 im Jahr 1970). Die Zahl der Priesteramtskandidaten je 100000 Katholiken ging zwischen 1970 und 1994 in Nordamerika am stärksten zurück, von 25,98 auf 8,25. Der Rückgang in Europa war weit weniger stark, von 13,10 auf 10,27. Demgegenüber hat sich die Zahl der Priesteramtskandidaten auf je 100000 Katholiken in Afrika im Berichtszeitraum verdoppelt (von 8,78

im Jahr 1970 auf 16,65 im Jahr 1994). Eine Verdoppelung gab es auch in Südamerika, wobei der Priesternachwuchs, auf die Katholikenzahl umgerechnet, dort immer noch deutlich unter den Werten für Europa und Afrika liegt: 1970 waren es 2,98 und 1994 dann 6,53 Seminaristen pro 100000 Katholiken. An der Spitze liegt Asien (mit 25,57 Priesteramtskandidaten auf 100000 Katholiken); 1970 waren es allerdings auch schon 20,95.

Der Apostolische Stuhl formuliert die eigene Position in der Jerusalem-Frage

Aus Anlaß einer „Konferenz über Jerusalem“, die vom 14. bis 17. Juni in Beirut stattfand, formulierte das vatikanische Staatssekretariat ein Kommuniqué, in dem es die eigene Position in der Jerusalemfrage näher definierte – (Wortlaut in: *Documentation Catholique*, 4.–18.8.96, S. 732 ff.). Aus dem Dokument spricht ein zweifaches Interesse des Apostolischen Stuhls: die Verdeutlichung der eigenen Haltung gegenüber der vom Staat Israel eingenommenen Position sowie die Geltendmachung religiöser, und zwar international-religiöser Interessen mit Blick auf die künftigen Verhandlungen in der Jerusalemfrage. So werden die von Israel vorgenommenen, über den Besatzungsstatus der Stadt hinausgehenden Maßnahmen gemäß internationalem Recht als „null und nichtig“ be-

zeichnet. Die Analyse des Themas im engeren Sinn beginnt mit der Feststellung, daß es in bezug auf Jerusalem ein „territoriales Problem“ gebe. Was die technischen Aspekte dieses territorialen Problems angeht, erklärt sich der Vatikan für unparteiisch, behält sich jedoch ein moralisches Urteil über alle ethisch relevanten Aspekte vor. Die Tatsache, daß Jerusalem im Grundlagenvvertrag zwischen dem Apostolischen Stuhl und Israel von 1993 (vgl. *HK*, Februar 1994, 62 ff.) nicht vorkomme, wird damit begründet, daß es sich bei diesem Abkommen um einen bilateralen Vorgang gehandelt habe. Schwerpunkt des Kommuniqué ist das Bemühen, die „religiöse Dimension“ Jerusalems hervorzuheben, und zwar für Judentum, Christentum und Islam gleichermaßen und nicht nur der Heiligen Stätten im engeren Sinne. Die einst vom Apostolischen Stuhl selbst erhobene Forderung nach territorialer *Internationalisierung* der Stadt wird als *überholt*, weil nicht realisierbar bezeichnet, dafür die Forderung nach einem „international garantierten Sonderstatus“ erneuert. Dem Vatikan ist daran gelegen, selbst an den Verhandlungen beteiligt zu werden: Er setzt sich für eine Öffnung der Teilnehmerschaft ein, damit so, wie es heißt, kein Aspekt des Problems vernachlässigt werde. Bei aller nötigen Trennung und Unterscheidung der territorialen und religiösen Aspekte des Themas werden die tiefgehenden Überschneidungen beider Bereiche betont.

Bücher

GERT KAISER / EWALD FRIE (Hg.), *Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR*. Campus Verlag, Frankfurt – New York 1996. 242 S. 38,- DM.

Dieser Sammelband setzt einen Schlußpunkt unter die Arbeit des Arbeitskreises „Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR“ des Wissen-

schaftszentrums Nordrhein-Westfalen, der 1992 auf Anregung von Ministerpräsident *Johannes Rau* ins Leben gerufen wurde. Das Spektrum der Beiträge reicht von mehr grundsätzlichen Überlegungen zur Stellung der Kirchen bzw. der Christen in der DDR über Einzelstudien (etwa zu den „Hoffnungstaler Anstalten“, einer

großen diakonischen Einrichtung) bis zu persönlich gehaltenen Erfahrungsberichten. Im Blick ist vor allem die evangelische Kirche als für das Gebiet der ehemaligen DDR historisch und zahlenmäßig prägende konfessionelle Größe. So liefert der Beitrag des Leipziger Kirchenhistorikers *Kurt Nowak* über die Entkirchlichung der evangeli-